

# Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 26. März 2003

Telefon: (0 89) 21 95 - 2740

Aktenzeichen: 102 41 157.3-12

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Patentanwälte

Leinweber & Zimmermann

Rosental 7 / II. Aufg.

80331 München

Anmelder:  
WABCO Perrot Bremsen

Ihr Zeichen:

0 4. APR. 2003	
4. 8.	

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt  und/oder ausgefüllt

## Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 5. September 2002

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

WB

## Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Annahmestelle und  
Nachrichtenbriefkasten  
nur  
Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude  
Zweibrückenstraße 12  
Zweibrückenstraße 5-7 (Brielecho)  
Markenbetreibungen:  
Cincinnatistraße 64  
81334 München

Hausadresse (Dr. Frisch)  
Deutsche Patent- und Markenamt  
Zweibrückenstraße 12  
80331 München

Telefon (0 89) 21 95-0  
Telex (0 89) 21 95-2221  
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:  
Landeszentralbank München  
Kto-Nr.: 700 010 54  
BLZ: 700 000 00

P 2401.1  
4.02

S-Bahnanschluss im  
Münchner Verkehrs- und  
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)  
Zweibrückenstr. 5-7 (Brielecho)  
S1 - SB Haltestelle Fasangarten

Cincinnatistraße:  
S2 Haltestelle Fasangarten  
Bus 98 / 99 (ab S-Bahnhof Giesing) Haltestelle Cincinnatistraße

- (1) DE 19743538 A1
- (2) GB 1066442
- (3) US 5022500
- (4) EP 709592 B1
- (5) JP 09-032870 A

Den Stand der Technik betreffende Zeichnungen, die für das Verständnis der Erfindung in Betracht kommen können, sind gemäß § 6 VI 3 PatAmmV zulässig, jedoch nicht als erste Zeichnung (Figur Nr. 1).

Eine Darstellung der Satteltypen von Teilbelag-Scheibenbremse nach dem Stand der Technik, wie sie in der Anmeldung auf S 2 der Beschreibung der Figuren 1 – 4 vorgestellt und im Anspruch 12 aufgelistet werden, ist dem Bremsenfachmann grundsätzlich bekannt. Zu diesem Grundwissen gehört gemäß (1) Sp 2 Z 2 weiterhin die Verwendung dieser Teilbelag-Scheibenbremsen bei Nutzfahrzeugen nach Anspruch 13.

Sowohl die lösbare Befestigung des plattenförmigen Bremsträgers 2, 14 nach Anspruch 10 durch Verschrauben an einem an der Achse 1 befestigten Tragflansch 13 als auch der Sattelträger, der wie im Anspruch 11 mit der Achse eine integrierte Einheit bildet, werden in (1) Sp 1 Z 25, 26; Sp 2 Z 13-15 besprochen.

Bei den Ansprüchen 10 – 13 kann es sich demnach nur um echte Unteransprüche handeln, die zwar einen Erfindungsgegenstand weiterbilden, selbst aber nicht auf einer erforderlichen Tätigkeit beruhen.

Der anmeldungsgemäßen Problematik näher als die selbst genannten Entgegenhaltungen (1) und (4) kommt schon die in (3) Sp 1 Z 32-41 erläuterte Tendenz von Sätteln an Teilbelag-Scheibenbremsen, sich unter der Bremslast zu verformen, zu verbiegen und zu verdrehen. Der Schrägverschleiß der Bremsbeläge, eine Verkürzung der Lebensdauer und eine verminderte Bremsleistung sind laut (3) die unmittelbaren Folgen.

Diese dem Fachmann bekannte Neigung zur Verformung allein führt schon dazu, dass die Lehre des geltenden Anspruchs 1 unvollständig ist. Es wird hier nämlich nicht angegeben, ob der Versatz der beiden Schwerpunkte nur bei unbetätigter Bremse oder auch unter voller Bremslast auftreten soll oder umgekehrt.

Anspruch 1 ist schon daher mangels einer vollständigen Lehre zum technischen Handeln nicht gewährbar.

Teilbelag-Scheibenbremsen mit einem Sattel und mit Bremsbacken in der Form des vorliegenden Anspruchs 1, deren Schwerpunkte um eine vorbestimmte Strecke zueinander versetzt sind, finden sich damit schon im Stand der Technik nach (3), aber auch in (2) oder in (5).

Insofern fehlt es dem Gegenstand des geltenden Anspruchs 1 auch an der Neuheit.

Diese Schwerpunkte im Stand der Technik haben gemäß Anspruch 2 den gleichen Radialabstand zur Drehachse der Bremsscheibe. Der Versatz der Schwerpunkte nach Anspruch 3 geht in (5) ebenso einher mit der Versatz der Reibbeläge 40, 140; 34, 134 und ihres Umfangs.

Eine unterschiedliche Form der Bremsbeläge 15 und 20 mit unterschiedlichem Schwerpunkt nach Anspruch 4 findet sich bereits in (2). Insbesondere die Öffnung im Sattel der Bremse nach den Unteransprüchen 7, 8 und 9 ist schon in den Figuren 2, 3 und 4 von (2) dargestellt.

Den Ansprüchen 2 – 4 und 7 – 9 fehlt es damit schon an der Neuheit, während der Schwerpunktversatz durch unterschiedliche Massen nach Anspruch 5 und durch eine Keilform der Beläge nach Anspruch 6 nach grundsätzlicher Lösung des Problems vom Fachmann erwartet werden kann und somit nicht auf einer erforderlichen Tätigkeit beruht.

Die Unteransprüche 2 – 13 können mithin die Patentfähigkeit des Anmeldungsgegenstandes ebenfalls nicht begründen.

Die Erteilung eines Patents kann daher nicht in Aussicht gestellt werden.

Prüfungsstelle für Klasse F16D

*Heinz Schmitz*

Hausruf: 3111

Anlagen: Abl. von 5 Entg.

Ausgefertigt

*Weiß*  
Techn. Angestellte

